

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72205

Anzeigenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Wahnvorschrift 40 Pf.
Stellenangebote 10. Spalte, Kolonellzeile 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt., Inserate v. ausw. die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf., bei Wahnvorschrift 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Rückzug der russischen Opposition.

Die Bolschewiki auf dem Wege zur Sozialdemokratie.

Sinowjew und Trozki unterwerfen sich.

III. Berlin, 18. Oktober.

Die Meldungen über eine Verständigung zwischen den Führern der Opposition und der durch Stalin vertretenen Leitung der kommunistischen Partei werden durch eine Meldung der Agentur der Sowjet-Regierung bestätigt. Es heißt darin: Die Oppositionsführer Sinowjew, Trozki, Kamenev, Piatakow, Sokolnikow und Jewdokimow haben eine Erklärung über ihre vorbehaltlose Unterwerfung unter sämtliche Entschlüsse des 14. Parteikongresses und unter die Beschlüsse des Zentralkomitees und der Zentral-Kontroll-Kommission abgegeben. Sie verpflichten sich, diese durchzuführen und alle ihre Anhänger aufzufordern, sämtliche um die Opposition gebildeten fraktionellen Gruppierungen sofort aufzulösen. Sie erkennen an, daß sie durch ihr jüngstes Vorgehen in Moskau und in Leningrad die Entschlüsse des Zentralkomitees über die Anzulässigkeit der Diskussion verletzt haben und verpflichten sich, sich von der rechten Schjapitalow-Gruppe entschieden loszulösen und jegliche Unterstützung fraktioneller Gruppen der einzelnen Komintern-Sektionen, sei es Ruth Fischer, Maslow (Deutschland), Souvarine (Frankreich), Bordiga (Italien) aufzugeben. Die Unterzeichneten übernehmen die politische Verantwortung für die Handlungen ihrer Anhänger und sprechen die Hoffnung aus, daß die tatsächliche Einstellung des fraktionellen Kampfes der Opposition die Möglichkeit schaffen wird, alle reuigen Oppositionen in die Partei wieder aufzunehmen. Sie erklären zum Schluß, daß sie sich verpflichten, die Liquidierung des fraktionellen Kampfes sowie den Kampf gegen erneute Vorstöße gegen die Parteidisziplin in keiner Weise zu unterstützen.

Alle Vorstöße, die während der letzten Wochen von der alten kommunistischen Garde gegen die Diktatur Stalins unternommen wurden, haben praktische Resultate nicht im Gefolge gehabt. Der Parteiapparat, den die Führer des neuen Kurzes restlos in ihren Händen haben, hat einen endgültigen Sieg über den Kommunismus der Revolutionsjahre davongetragen. Die Führer der kommunistischen Opposition haben ein pater peccavi abgelegt. Sie sind damit reuig in den alleinigmachenden Schoß der altrussischen Kirche Stalins zurückgekehrt.

Das ist ein wichtiger Abschnitt in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung. Der Rückzug der bolschewistischen Garde kann auf die Oppositionströmungen in den anderen kommunistischen Parteien Europas nicht ohne Einfluß bleiben. Die Unterwerfung Sinowjews und Trozki unter den Stalintums des Zentralkomitees wird notwendigerweise der Opposition in der kommunistischen Partei Deutschlands den Wind aus den Segeln nehmen, und damit ist die letzte Etappe auf dem Wege zur sozialdemokratischen Taktik zurückgelegt. Die wenigen kommunistischen Abweichungen werden binnen kurzem der Liquidation verfallen. Dann bleibt es die Aufgabe einer akademischen Doktorarbeit, festzustellen, welche Unterschiede zwischen Stalin und Wels noch übriggeblieben sind. Der rechte sozialdemokratische Flügel ist einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht völlig abgeneigt, und in Rußland ist die Koalition zwischen Stalin und den Kulaken, den Trägern der kapitalistischen Entwicklung, bereits vollzogen. Die Führer der kommunistischen Bewegung Rußlands sind die von der Opposition vielgeschmähten „roten Professoren“, die von den Stalintums zur Verteidigung ihres kapitalistischen Kurzes besonders herangebildet worden sind. Alle die einst gefeierten Kämpen sind aus der umfangreichen kommunistischen Literatur beinahe völlig verschwunden und die Zeitschriften werden von Leuten beherrscht, deren Namen keinerlei Geltung haben.

Die neue Nummer der kommunistischen Internationale, das „Organ des Exekutivkomitees“, als dessen Herausgeber noch immer Sinowjew figuriert, bringt einen Aufsatz über „die Stabilisierung des Kapitalismus und die nächsten Perspektiven des Klassenkampfes“. Als Verfasser zeichnet ein Kommunist, namens Jan Sten. Dieser Artikel könnte ebensogut von einem Sozialdemokraten geschrieben sein, der den Nachweis liefert, daß, im Gegensatz zu der kommunistischen Ideologie, die Stabilisierung des Kapitalismus in der Gegenwart wenig Aussichten für revolutionäre Bewegungen bietet. Jan Sten befindet sich in striktestem Gegensatz zu den Führern der Opposition.

Nichtsdestoweniger haben sich nunmehr Sinowjew und Trozki den Perspektiven Stalins unterworfen und damit werden die letzten Überreste der kommunistischen Bewegung liquidiert, so wie sie den Arbeitern aus den Zeiten der russischen Revolution und aus den Reden Sinowjews auf dem Parteitag in Halle bekanntgeworden sind. Das bestätigt gleichzeitig die Richtigkeit der Haltung, die die Sozialisten vertreten haben, als sie sich den Spaltungsbestrebungen der Kommunisten mit aller Entschiedenheit entgegensetzten. Ja noch mehr, der Rechtsabmarsch der kommunistischen Mehrheit in Rußland bringt die unmittelbare Gefahr, daß die übergroße Mehr-

heit der russischen Arbeiter durch die Politik der „roten Professoren“ in Moskau unmittelbar in das Lager der bürgerlichen Gesellschaft zurückgeführt werde. Sie ist um so größer, als die Leute Stalins befürchten, daß jede Konzeption hinsichtlich des Abbaues der Diktatur die Gefahr in sich birgt, daß sich zwischen den „Alten“ demokratische Tendenzen einmischen könnten.

Ist es nicht sonderbar, daß die einst entschiedensten Vertreter der Diktatur, Sinowjew und seine Gefolgsleute, jetzt für Demokratie in Rußland kämpfen, während andererseits die Träger der heutigen Diktatur das Bestreben haben, die russischen Arbeiter auf diesem Wege in den Dienst der neuen kapitalistischen Aufbaupolitik zu stellen? Die Fronten im Kampfe gegen die herrschenden Bolschewisten haben sich vollständig umgekehrt. Der Kampf gegen die russische Diktatur ist heute im wesentlichen der Kampf gegen einige Diktatoren, die das Bestreben haben, einen möglichst geschlossenen Abmarsch in die Interessensphären der Kulaken zu ermöglichen.

Insofern hat sich die Mehrheit der russischen Kommunisten weit über die sozialistische Bewegung hinweg nach rechts entwickelt, und wenn jetzt die russische Opposition die Segel streicht, dann ist das lediglich das Eingeständnis für die Tatsache, daß an dieser verhängnisvollen Entwicklung nichts mehr zu ändern ist.

Jagd auf Antifaschisten.

W.B. Rom, 17. Oktober.

In Bologna wurde gestern bei dem republikanischen Abgeordneten eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurden dabei allerlei Aufrufe gefunden, darunter auch einer gegen die Todesstrafe sowie ein Aufruf an die Intellektuellen Italiens. Da einige Exemplare dieser Aufrufe bereits verteilt waren, wurde der Abgeordnete den Gerichtsbehörden angezeigt. Auch bei dem republikanischen Rechtsanwalt Bini wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurden dabei allerlei Aufrufe gefunden, darunter auch einer gegen die Todesstrafe sowie ein Aufruf an die Intellektuellen Italiens. Da einige Exemplare dieser Aufrufe bereits verteilt waren, wurde der Abgeordnete den Gerichtsbehörden angezeigt. Auch bei dem republikanischen Rechtsanwalt Bini wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen; Bini wurde daraufhin verhaftet. In Rom wurde, wie verlautet, bei der Vertreterin des Berliner Vorwärts (Genossin Oba Oberg) eine Hausdurchsuchung veranstaltet.

Römische Blätter berichten, daß der Schriftleiter des oppositionellen Wochenblattes Attacco, Bottoni, von zwei Faschisten überfallen wurde. Bottoni erlitt eine blutige Verletzung am Kopf.

Stärkt die Macht,



die eure Fesseln sprengt

Bürgerlicher Korruptionswumpf in Oesterreich.

Von Dr. Otto Leichter, Wien.

Mitte Oktober 1926.

Unendlicher Schmutz ergießt sich über Oesterreich: das Lor zu einem wahren Augiasstall der bürgerlichen Korruption ist aufgetan. Und dem erstaunten Oesterreicher bietet sich das schändliche Bild spekulierender Pfaffen, korrupter Bauernführer und geradezu betrügerischer bürgerlicher Parteiführer. Seit Monaten ist das öffentliche Leben Oesterreichs von dem Skandal der bürgerlichen Korruption beherrscht; seit Monaten müssen die Sozialdemokraten die Funktion geradezu von Kanalmännern versehen und gründlich ausmisten...

Mit dem Zusammenbruch der Zentralbank Deutscher Sparkassen hat es begonnen; oder aufgehört: wie man will. Denn die Zentralbank, ursprünglich dazu bestimmt, Sparkassengelder zu sammeln, ist allmählich die Nährmutter aller verkrachten christlichsozialen Parteigründungen geworden. Sie sollte alle Skandale vertuschen oder im Keime erstickend, indem sie alle „krank“ gewordenen in ihren mütterlichen Schoß aufgenommen hat. Das sollte das Ende der christlichsozialen Skandale sein, und indes ist dieser Rettungsversuch der Vergangenheit des großen christlichsozialen Skandals geworden. Denn als nun die Zentralbank Deutscher Sparkassen zusammenbrach, kamen nicht nur die dunklen Geschäfte des Großaktionärs dieser Bank, des arischen Großschiebers Wutter, sondern auch alle christlichsozialen Börsenspekulationen in den verschiedenen Parteiunternehmungen an den Tag.

Sie aufzählen, hieße den Rahmen eines Artikels sprengen. Nur einige Beispiele der schändlichen Korruptionswirtschaft:

Die Bauernbank, in der die Spargelder der niederösterreichischen Bauern gesammelt wurden, hat sie buchstäblich verpekuliert. Die Führer der niederösterreichischen christlichsozialen haben alle bei der großen Frankenspekulation im Jahre 1924 riesenhafte Summen — soviel dürfte ein Bauernführer, der vorgibt, kleinbäuerlichen Interessen zu vertreten, gar nicht besitzen! — auf das Börsenspiel verwendet und verloren: sie schuldeten der Bank schließlich große Beträge. Ihre Schulden wurden abgebußt! Die Bauerngelder wurden dazu verwendet, um die Börsenspekulationen der Bauernführer zu decken!

Der steirische Landeshauptmann Prisching, ein „flotter“ Priester, hat etwa 35 000 Mark verpekuliert: sie wurden ihm geschenkt. Derselbe Herr hat vor ein paar Monaten, um sich und die Steirerbank zu „janieren“, mit Landesgeldern die Aktien einer Wasserkraftgesellschaft aufgekauft und so bewußt eine Kurstreiberlei inszeniert. Er mußte nun nicht nur seine Funktion als Landeshauptmann quittieren, sondern auch aus dem politischen Leben verschwinden. Nachdem er durch seine Börsenschiebereien den Befähigungsnaehweis für die priesterliche Funktion erbracht hat, ist er wieder zu seinem Seelsorgeramt in das obersteirische Dorf zurückgekehrt, in dem seine politische Laufbahn begonnen hatte.

Aber das ist nur ein kleiner und unvollständiger Ausschnitt aus dem Bild schändlicher moralischer Verworfenheit, das der bürgerliche Korruptionsstandal bietet. Die Bauernbank hat eine regelrechte Spekulation auf den Abbau des Mieterhutes veranstaltet: sie hat in Wien Häuser aufgekauft. Und in dem Direktionsprotokoll, in dem diese Spekulation auf den Raubzug gegen die Mieter beschlossen wurde, heißt es auch deutlich, daß bei dieser Transaktion auch die politischen Beziehungen der Bauernbankfunktionäre, der christlichsozialen Bauernführer mit helfen würde! Wo eine wirtschaftliche Spekulation auf einen politischen Kampf für die Hausherreninteressen! Daß die materialistische Geschichtsauffassung, die alle politischen Motive aus wirtschaftlichen Interessen erklärt, bei dem Kampf der Bürgerlichen so mechanisch angewendet werden kann, das hat man bisher noch nicht gewußt! Es ist eine für die Bürgerlichen katastrophale Enthüllung ihrer mieterfeindlichen Pläne, die infolge des Zentralbankskandals möglich geworden ist.

Aber es ist selbstverständlich, daß diese verwerfliche Korruptionswirtschaft nicht davor zurückgeschreckt ist, auch staatliche Mittel in Anspruch zu nehmen. In das ganze System des bürgerlichen Regierens in den letzten Jahren war systematisch darauf abgestellt, die Macht, die die Verfügung über den Verwaltungsapparat gewährt, dazu auszunutzen, um den ganzen Staatsapparat in den Dienst der Privatgeschäfte der christlichsozialen Parteiführer und ihres Klüngels zu stellen. In der Zeit der Regierung Seipel-Rienböck, in den Jahren 1922/24 nahm die Börsenspekulation und das Gründungsfieber trotz der Stabilisierung der Währung immer noch zu, bis 1924 der große Börsenkrach kam. Da wurden auch alle christlichsozialen Spekulanten „in Mitleidenschaft“ gezogen. Damals sind alle christlichsozialen Parteibanken und ihre anderen Unternehmungen, wie sich jetzt herausgestellt hat, zugrundegegangen. Wenn sie noch zwei Jahre lang dank der christlichen Regierungshilfe ein Scheinbaisein gefrischt haben, so war das nur dadurch möglich, daß man rückwärts Staatsgelder für die verkrachten Parteiunternehmungen und zur Deckung der Spekulationsverluste